



Bernennung wiederholt Widersprüche zu den verschiedenen Aussagen. Als der Vorsitzende den Angeklagten ermahnt, bei der Wahrheit zu bleiben, erwidert Diener, daß er nichts zu verheimlichen habe, und daß er nichts anderes auszusagen könne. Weigel sei überhaupt kein Spiegel, sondern nur ein Berräter, da ihn die Partei schlecht behandelt hatte. Diener behauptet, er habe nichts davon gewußt, daß Weigel „erledigt“ werden sollte. Der Attentatsplan gegen den Minister Holz sei Wahnsinn gewesen. Der Angeklagte Neumann erklärte auf das Bestimmteste, daß er Diener darüber unterrichtet habe, daß sowohl Weigel als auch Schlotter „erledigt“ werden sollten.

Weiter erklärt Diener, daß er ein Gehalt von der Partei nicht bezogen habe, sondern nur Dispositionsgelder von insgesamt 120 Mark. Er behauptet weiter, eine hinter die Kulisse der Partei zu kommen, habe er sich eine einflußreiche Stellung erringen müssen. Er habe im Interesse des Staates gehandelt. Auf Fragen, welche Dienste er weiter im Interesse des Staates verrichtet habe, und welche Maßnahmen er an die Polizei gegeben habe, verweigert der Angeklagte die Auslage.

Damit schließt die Bernennung des Angeklagten Diener und die Bernennung sämtlicher Angeklagten ab.

## Neues vom Tage.

### Die Preußenkrise

Berlin, 7. März. In der Frage der Regierungsbildung in Preußen ist bisher eine Klärung nicht zu verzeichnen. Die „Zeit“ und der „Berliner Volksanzeiger“ sprechen von der Möglichkeit der Bildung eines „überparteilichen“ Gesamtministeriums, in welchem auch der sozialdemokratischen Richtung Rechnung getragen werde soll, etwa durch Aufnahme des früheren Finanzministers Dr. Sildesum in das Kabinett. Eine solche Lösung dürfte, dem letztgenannten Blatt zufolge, auch bei den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung keinen Widerstand finden.

### Chamberlains Pariser Besuch

Paris, 8. März. Der englische Staatssekretär Chamberlain ist in Paris eingetroffen und am Samstag abend nach Genf weitergereist. Am Nordbahnhof wurde er von dem englischen Botschafter Lord Crewe und namens Herriots durch den politischen Direktor im Ministerium des Auswärtigen, Baroche begrüßt. Chamberlain begab sich sofort nach der englischen Botschaft. Dort fand ein Essen in kleinem Kreise statt, woran auch Herriot teilnahm. Samstag vormittag begannen im Ministerium des Auswärtigen die Besprechungen zwischen Herriot und dem englischen Staatssekretär. Herriot gab zu Ehren des Gastes ein Frühstück. Chamberlain verließ Samstag abends um 8.45 Uhr Paris und begab sich nach Genf. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß nach der Beendigung der Tagung des Völkerbundesrats Chamberlain auf der Rückreise nach London wiederum in Paris Aufenthalt nehmen wird, um mit Herriot zu verhandeln.

Paris, 7. März. Chamberlain und Herriot blieben auf der englischen Botschaft nach dem Abendessen bis 11.30 Uhr beisammen. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß es nicht zu irgendwelchen Beschlüssen kommen werde, sondern es solle nur eine Klärung der beiderseitigen Standpunkte in den gegenwärtig zur Erörterung stehenden Angelegenheiten gefunden werden. Es handelt sich hauptsächlich um die Räumung der Kölner Zone, die von Deutschland zu erfüllenden Bestimmungen in der Abrüstung, um den Sicherheitsvertrag, wozu mit einiger Sicherheit gesagt werden kann, daß Herriot den Vorschlag Deutschlands nicht annehmen wird. Er wird, wie man sagt, daran festhalten, daß auch Polens Sicherheit gewährleistet wird und Nebenbedingungen der polnischen Grenze auch nicht durch ein Schiedsgericht vorgenommen werden dürfen. Darüber soll Herriot dem polnischen Außenminister bestimmte Zusicherungen gegeben haben.

## Ingeborg.

Roman von Fr. Fedna.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale  
C. Ademann, Stuttgart.

„Wir wollen es abwarten. Wache Dir keine unnützen Gedanken darüber. Und wenn, dann ist es auch gut! So wird diese Komödie um so früher beendet. Es handelt sich ja doch nur noch um wenige Tage. Wenn Du abgereist bist, mache ich den Eltern die Mitteilung, daß Du meine auserwählte Braut bist! Den Widerstand des Vaters besiege ich leicht, falls er nicht eines Sinnes mit mir ist, von Dir ist er ja entzückt, während Valerie durchaus nicht seine Sympathie hat.“

„Aber Deine Mutter, Liebster! Wie wohl tut es mir, ihre Güte so zu lohnen —“, zitternd schmiegte sie sich an ihn.

„Lasse gut sein, Kleines! Auch das wird überwunden! Seyt nur ich schnell Abschied von Dir nehmen — noch diesen Auf, noch einen, meine Inge — so, nun Kopf oben behalten, ich bin ja bei Dir“, sagte er voll tiefer Zärtlichkeit. „Lebe wohl, Du Süße, bis nachher —“

Vorsichtig krachte er umher, und entfernte sich dann schnell. Es war nicht nötig, daß man ihn sah.

Man sah bei der Abendtafel.

Am Spätnachmittag war Valerie Mettenbach gekommen, eine blonde, üppige, sehr schön gekleidete Dame. Auf Ingeborg hatte sie bei der Vorstellung weniger acht, da Dietrich sie sofort in ein lebhaftes Gespräch verwickelte und sich auch sonst, gegen seine Gewohnheit, viel um sie kümmerte. Die Baronin hatte ihr dann leichthin gesagt, wer Ingeborg war und hinzugefügt, daß sie die Absicht habe, das junge Mädchen vielleicht als Gesellschafterin zu engagieren. Damit war zugleich diese Bekanntschaft für Valerie

### Ein Stellvertreter des Reichspräsidenten

Berlin, 7. März. Wie das Nachrichtenbüro des Deutschen Zeitungserleger aus parlamentarischen Kreisen hört, haben sich die großen Parteien des Reichstages dahin geeinigt, daß durch Gesetz der Reichspräsident Dr. Simons als stellv. Reichspräsident ernannt werden soll.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 7. März. Zu Beginn der Freitag-Sitzung des Reichstages verliest Präsident Löbe eine große Anzahl Beileidschreiben, die dem Reichstag von auswärtigen Parlamenten anlässlich des Ablebens des Reichspräsidenten zugegangen sind. Dann beantragt Abg. Stöcker (K.), daß sich der Reichstag sofort mit der Neuwahl des Reichspräsidenten und der Frage seiner Stellvertretung befasse, wobei der Redner die Gelegenheit benutzte, um Angriffe gegen den toten Reichspräsidenten und ebenso gegen den Reichslangler Dr. Luther zu richten, dem er vorwirft, daß er mittels eines kleinen Staatsstreiches das Amt des stellvertretenden Reichspräsidenten an sich gerissen habe. Da aus dem Hause der sofortigen Beratung des kommunistischen Antrags widersprochen wird, ist dieser für die heutige Sitzung erledigt. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und nimmt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Zulassung von Renten aus der Invalidenversicherung vor. Die Vorlage wird schließlich dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, nachdem die verschiedenen Redner die vorgesehene Steigerung als zu niedrig bemängelt hatten. Dann stellt Präsident Löbe Pressenachrichten auf Grund von Mitteilungen im Reichsrat richtig, indem er erklärt, daß er nicht die Absicht habe, den Reichstag wegen der Vorbereitung zur Präsidentenwahl auf längere Zeit zu vertagen. Abmahnung des Hauses die zweite Lesung des Etats des Reichsverkehrsministeriums fort, wobei Abg. Groß (Z.) sich gegen die Absicht wendet, das Speditionswesen zu monopolisieren. Nachdem beim Kapitel Wasserstraßenverkehrs Reichsverkehrsminister Dr. Rohne für eine straff zentralisierte Reichswasserstraßenverwaltung eingetreten ist, wird das Kapitel genehmigt. Abg. Höllein (K.) bringt hierauf den Streik der Eisenbahner in Sachsen zur Sprache, der ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen das internationale Großkapital, dem die deutsche Reichsbahn ausgeliefert wurde, sei. Auch die übrigen Redner kritisierten die ganz unzureichenden Bezüge der Eisenbahner und treten für eine Vermittlung des Reichsverkehrsministers ein. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, am Samstag die Beratung des Verkehrssetzes fortzusetzen. Dann sollen die Amnestieanträge folgen und schließlich die Aufwertungsanträge der Demokraten und der Sozialdemokraten.

### Eine Aufwertungsdebatte

Berlin, 7. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten am Samstag die Abgg. Keil (Soz.) und Koch-Weser (Dem.), die als dritten Punkt auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Aufwertungsfrage an erster Stelle nach vor dem Verkehrssetz zu beraten. Abg. Fehrenbach (Z.) widerspricht diesem Vorschlag. Im Himmelsprung wird der Antrag auf Umstellung der Tagesordnung mit 140 gegen 135 Stimmen angenommen. Es kommt also zur ersten Beratung der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung eines neuen Aufwertungsgesetzes in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung.

Abg. von Richthofen (Dem.) begründet den demokratischen Antrag. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die am 5. Februar abgegebene Zusage der Reichsregierung, daß in spätestens 3 Wochen das neue Aufwertungsgesetz kommen werde, nicht eingehalten worden sei. Die Aufwertungsfrage sei für die deutsche Wirtschaft von so großer Bedeutung, daß sie nicht länger in der Schwebe bleiben dürfe.

Abg. Keil (Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde und bemerkt dabei, dieser Antrag sei die Wiederholung jenes Antrags, den die Deutschnationalen vor einem Jahre gestellt, aber inzwischen zurückgestellt hätten.

Reichsjustizminister Dr. Frenken: Die Reichsregierung hat seit der Zusage vom 5. Februar die Arbeiten zur Lösung der Aufwertungsfrage mit aller Energie gefördert, sodas der Gesetzentwurf in kürzester Frist vorgelegt werden kann. (Lachen links, Zurufe: In wieviel Monaten.) Bei der ungewöhnlich großen wirtschaftlichen und rechtspolitischen Bedeutung dieser Fragen hält sich die Regierung aber für verpflichtet, den Gesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften erst vorzulegen, nachdem sie die Gewissheit gewonnen habe, daß er einen in seinen Grundlagen von der Mehrheit dieses hohen Hauses getragen werde. Diese Gewissheit konnte bisher in dem möglichen Umfange doch nicht gewonnen werden. (Heiterkeit links.) Die Bemühungen wurden unausgesetzt fortgesetzt, sodas die Vorlage nunmehr baldigst vorgelegt wird. (Gelächter links.) Zu dem Antrag der Sozialdemokraten kann die Regierung nur pflichtgemäß erklären, daß die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zu einem Chaos auf dem Gebiete des Rechts und der Wirtschaft führen müßte, und daß die Regierung die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht habe tragen können. (Heiterkeit links.)

Abg. Heerg (Dnl.) erklärt, daß ihn die Begründung des Ministers für die Verzögerung nicht befriedigt habe. Wenn die Sozialdemokratie fast wörtlich unseren Antrag abgeschrieben hat, so muß doch daran auch erinnert werden, daß die Sozialdemokraten im Aufwertungsanschluß als Segner aufgetreten sind. Erst als sie sahen, daß die Deutschnationalen bei den Wahlen Erfolg hatten, glaubten auch sie, etwas für sich herauszuschlagen zu müssen, und sind plötzlich Freunde, ja sogar Planatiker der Aufwertung geworden. (Sehr richtig rechts.) Bei den Ausschussberatungen hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine Klarheit über die rechtliche Behandlung der verschiedenen Forderungen und Steuern zu schaffen, auf deren Ertrag die Aufwertung geleistet werden soll. Diese Klärung kann nur die Regierung schaffen; daher ist jetzt mit Anträgen der Parteien nichts zu erreichen. Wir beantragen, den sozialdemokratischen Antrag dem Ausschuss zu überweisen. Dem demokratischen Antrag stimmen wir zu. In die Regierung richten wir die Mahnung, die Aufwertungsfrage nicht reformmäßig zu behandeln und die Mißverständnisse zu beseitigen, die im Volke über die Haltung der Regierung bestehen. Es gilt das Wort: Doppelt gibt, wer schnell und gerne gibt. (Lebhafte Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schetter (Z.): Die Lösung der Aufwertungsfrage sei dadurch kompliziert worden, weil die Regierung diese Frage zu einer Steuerfrage gemacht hat. Der sozialdemokratische Antrag diene offenbar nur agitatorischen Zwecken und sei unannehmbar. Dem demokratischen Antrag werde das Zentrum zustimmen.

Abg. Wunderlich (D.V.) weist darauf hin, daß sein verstorbenen Parteifreund Dr. Düringer für die Aufwertungsfrage schon eingetreten sei, in einer Zeit, als die Mehrheit davon nichts wissen wollte. Die von der Regierung angeführten Gründe für die Verzögerung der Gesetzentwürfe könnten nicht als durchschlagend angesehen werden. Wenn die Regierung nicht schleunigst mit einer Vorlage komme, werde der Ausschuss selbst eine solche einbringen. Der sozialdemokratische Antrag sei offenbar gar nicht ernst gemeint. Dem demokratischen Antrag werde die Partei zustimmen.

Abg. Höllein (Komm.) wirft den übrigen Parteien vor, sie meinten es nicht ernst mit ihrer Aufwertungsagitation und wollten damit nur Parteivorteile ergattern.

Abg. Jörries (Wirtsch. Pg.) bedauert die Nichterfüllung des Regierungsversprechens. Die notwendigen Vorarbeiten für das Gesetz hätten schon längst erledigt sein können.

Abg. Dr. Emminger (Waper. B.) äußert gleichfalls große Enttäuschung über die Hinausschiebung der gesetzlichen Lösung der Aufwertungsfrage. Nun komme die Enttäuschung über das Versagen der Regierung hinzu. Das Problem des

heit doch eine so große Sicherheit und Vertraulichkeit mit den Sitten der großen Welt verriet.

Mit einigen scherzenden Worten näherte sie sich dem Baron:

„Darf man erfahren, lieber Onkel, was hier Wichtiges verhandelt wird?“

„O, nichts von Bedeutung! Ich erzählte Fräulein Ellguth von meinem Jagdabenteuer beim Fürsten Lichtenstein.“

„Ach so, wie Du damals nur durch einen glücklichen Zufall davor bewahrt wurdest, von einem wütenden Eber umgerannt zu werden. — Jagdgeschichten sind meine Passion — das weißt Du ja genau, mon oncle — — aber ob Fräulein Ellguth, die doch kein Landkind ist, so viel Verständnis dafür hat —“

„Verständnis weniger, Komtesse, wohl aber sehr viel Interesse“, entgegnete Inge freundlich. „Uns armen Stadtkindern entgeht so viel von den Schönheiten der Natur — ich bin so gern auf dem Lande.“

„Im Sommer, ja! Im Winter ist mir aber der Aufenthalt in der Stadt lieber, da hat man wenigstens Abwechslung durch Konzerte und Theater.“

Bei dem Worte Theater stieg eine Erinnerung in Valerie plötzlich auf. Sie brach ab und schaute Inge forschend ins Gesicht, die ihren Blick lächelnd ertug.

„Jetzt hab' ich's“, rief sie lebhaft, „den ganzen Abend habe ich mir schon den Kopf zerbrochen, mit wem Sie Ähnlichkeit haben, denn Sie erinnern mich an jemand, und nun hab' ich's gefunden! — mit der Roland, der jugendlichen Liebhaberin am Reuen Theater in L. — die Ähnlichkeit ist sogar verblüffend — ja —“

„Wirklich, Komtesse? — Ich vermag darüber nicht zu urteilen.“

(Fortsetzung folgt.)

Finanzausgleiches könne erst gelöst werden nach der Lösung der Aufwertungsfrage. Bei der Aufwertung müsse scharf unterschieden werden zwischen öffentlichen Anleihen und Privatverpflichtungen. Die Lösung könne nicht schematisch, sondern sie müsse individuell erfolgen.

Hg. Dr. Best (Dnl.) erklärt, er betrachte seinen bekannten Aufwertungsgegenentwurf nur als Grundlage für die Ausschussberatungen und verlange keinesfalls, daß die Regierung diesen Entwurf in allen Einzelheiten annimmt. Die 3. Steuernotverordnung sei das schlimmste Unrecht, das seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte begangen worden sei. Seit Jahrhunderten sei es in Deutschland üblich, daß Schulden nicht nach ihrem Nennwert, sondern nach der Kaufkraft des Betrages gewertet werden müßten. Die dritte Steuernotverordnung habe in dieser Beziehung alle Rechtsgrundsätze gebrochen.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. März 1925.

**Der gestrige Vormittagsgottesdienst** in der hiesigen Stadtkirche gestaltete sich durch die musikalische Bereicherung desselben zu einer besonders schönen Weihestunde. Die Einleitung mit der stimmungsvollen Darbietung des Streichquartetts, sowie der einstimmige und vierstimmige Chor waren ganz ausgezeichnete Leistungen, die bei den zahlreichen Kirchenbesuchern dankbare Aufnahme fanden. Der Wunsch ist begründet, daß man den Gottesdienst öfter mit so edler Musik bereichert und verschönt haben möchte. Es darf an dieser Stelle wohl im Sinne aller Kirchenbesucher Herrn Duppel und den Mitwirkenden, den Musikanten, den Sängern und Sängerinnen des gemischten Chores, herzlich Dank gesagt werden.

**Konzert.** Am Sonntag abend konzertierte an Stelle des wegen Erkrankung eines Zithersvirtuosen in letzter Stunde abgegangenen Instrumentalkonzerts die hiesige Stadtkapelle im Gasthof z. Grünen Baum. Es wäre allerdings der Stadtkapelle ein besserer Besuch zu wünschen gewesen, zudem sich der Musikdirektor Maier mit seiner Kapelle alle Mühe gab, etwas Gutes zu bieten, was ihm auch vortrefflich gelang.

**Katastersteuer für 1924.** Nach einer Bekanntmachung der Stadtapselge in der heutigen Nummer des Blattes sind die Steuerbüchlein mit der Schuldigkeit für 1924 ergänzt. Die teilweise ganz beträchtlichen Endsummen werden bei den Steuerpflichtigen kein besonderes Wohlgefallen auslösen. Der Mehrbetrag gegenüber den geleisteten Vorauszahlungen rührt von der Erhöhung der Gemeindefinanz her. Zur Erläuterung der Steuerberechnung mögen die nachfolgenden Ausführungen dienen. Die hiesige Stadtgemeinde erhebt für Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924—31. März 1925) eine Umlage auf Grund-, Gefäll-, Gebäude und Gewerbe von 12 v. H. der Kataster. Der Staatssteuerfah wurde durch den am 26. v. r. Mts. vom Landtag verabschiedeten Haushaltsplan für 1924 endgültig auf 8 v. H. (Friedenszeit 2,1 v. H.) festgesetzt. Es kommen nun für das Rechnungsjahr 1924 zur Erhebung: 1. für Staat und Gemeinden zusammen: a. aus dem vollen Grund-, Gefäll-, und Gebäudesteuerkataster und dem auf 120 v. H. erhöhten Waldkataster 20 v. H. b. vom Gewerbe 5/10 der Einkommensteuer Vorauszahlungen. Ein Gewerbesteuerkataster für 1924 ist noch nicht aufgestellt; nach einer kürzlich erschienenen Verfügung des Präsidenten des Landesfinanzamts ist aber mit einer Gewerbesteuerveranlagung zu rechnen. Die in den Steuerbüchlein eingetragene Gewerbesteuerpflichtigkeit ist somit nur eine vorläufige. c. An Gebäudeverschuldungssteuer 14,4 v. H. des vollen Gebäudeverschuldungskatasters. Befreit hiervon sind Neubauten oder durch Um- und Einbauten neuerschaffene Gebäudeteile, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist. Ferner bleibt diese Steuer mit Wirkung vom 1. Januar 1925 ab unerhoben für Gebäude, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen, gemeinnützigen, ethischen, religiösen oder milden Zwecken zu dienen bestimmt sind oder wenn die Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre, insbesondere wenn Eigentümer oder Nutznießer der Gebäude Kleingewerbetreibende mit einem Gebäudeverschuldungskataster bis zu 150 Mk. (Gebäudeverschuldungskataster) oder deutsche Kleinrentner oder Äinen Gleichgestellte sind. Diese Befreiungen wurden bei der Umlage bereits berücksichtigt. 2. für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 3 v. H. und 3. für die Landwirtschaftskammer 0,72 v. H. des Grundkatasters. Zu der Gemeindefinanz ist zu bemerken, daß der ganze Betrag derselben rund 30 000 Mk. ausmacht, während die Stadt an der Amtskörperschaftsumlage 45 000 Mk. zu tragen hat.

Kr.

**Der Herrenberger Verband für evang. Krankenschwestern** beschloß bei seiner 2. Jahresversammlung, die am 3. März in den Räumen der Zentralführung für Wohltätigkeit stattfand, eine Erweiterung seines Mutterhauses, um für einen 2. Anfalltsgeistlichen eine Wohnung und für das Kinderheim, sowie für das Schwestererholungsheim mehr Platz zu schaffen. Die Kosten, die auf 50 000 Mk. veranschlagt werden, sind etwa zu einem Drittel gedeckt. Die Krankenschulung des Verbandes hat vor kurzem die staatliche Anerkennung erhalten.

**Vorläufig keine Bierpreiserhöhung.** Die in München abgehaltene Tagung des Deutschen Brauerbundes kam trotz der stark gestiegenen Getreidepreise zu dem Beschluß, von einer Heraufsetzung der Bierpreise vorläufig abzusehen.

**Pfalzgrafenweiler, 9. März.** (Beerdigung.) Unter außerordentlich zahlreicher Begleitung zur letzten Ruhestätte fand gestern die Beerdigung des im 74. Lebensjahr ver-

storbenen, in weiten Kreisen bekannten und geschätzten Kaufmanns Chr. Friedr. Heintel hier statt. Mit ihm ist eine aufrechte, markante Persönlichkeit des hiesigen Ortes aus dem Leben geschieden, von dessen Leben Barter Krumm in seiner Grabrede ein liebevolles Bild zeichnete. Neben seinem Beruf widmete er sich viele Jahre der Kirche als Kirchengemeinderat, dem hiesigen Liederkreis als Kassier und Sänger und auch sonst trat er im öffentlichen Leben der Gemeinde hervor. Der Liederkreis, dessen Ehrenmitglied er war, umrahmte die Feier mit erhebenden Choralvorträgen und außerdem widmete Max Kappler dem einstigen Sänger und treuen Mitglied einen ehrenvollen Nachruf unter Niederlegung eines Kranzes.

**Calw, 7. März.** Ueber die Verlegung des Finanzamts Hirsau nach Calw haben mit dem Landesfinanzamt neue Verhandlungen stattgefunden. Die Stadt erklärte, sie wäre bereit, Opfer zu bringen, wenn ihr seitens des Reiches Mittel zur Ausführung der geforderten Bedingungen zur Verfügung gestellt würden. Es handelte sich darum, ob die Stadt einen Beitrag zum Ausbau des Bezirkskommandos geben und ob sie Wohnungen für 9 Beamtenfamilien schaffen würde. Es kam nun eine Verständigung zustande. Die Stadt wird an den Kosten für das Bezirkskommando 15000 Mk. zahlbar in 5 Raten leisten und außerdem den Bau der 9 Wohnungen auf sich nehmen, vorausgesetzt, daß sie vom Reich und der Wohnungskreditanstalt ein Baudarlehen von 80 Prozent der Bauunternehmer Zinsfuß erhält. Die Stadt bringt hierbei noch sehr große Opfer, da sie die übrigen 20 Prozent der Bauunternehmer Zinsfuß aufbringen muß und die gesamte Verzinsung den Mietern nicht auferlegen kann. Der Gemeinderat hat in der Annahme einiger Abänderungen die Vereinbarung genehmigt. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsfinanzamt, es ist aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß das Finanzamt hierher verlegt wird, wodurch eine weitere Entwicklung der Stadt wahrscheinlich ist. — Für den Wohnungsbau wurde ein großzügiger Plan aufgestellt. Es wurde zunächst entschieden, daß die Stadt selbst keine Wohnungen erstellen sondern, da auch der Siedlungsverein nicht in Frage kommen kann wegen der notwendig zu fordernden hohen Mietpreise die Bautätigkeit den Privaten überlassen werden solle. Die Paulust soll aber durch Baudarlehen unterstützt werden. Für die Wohnungseinheit werden Baudarlehen bis zu 4000 Mk. gewährt, der Zins mit 6 Prozent ist halbjährlich zu bezahlen. Der Bau muß am 1. Mai beginnen und innerhalb eines Jahres fertiggestellt sein. Die Baupläne sollen um 1 Mk. pro qm abgeben werden. Es werden sofort 15 Baudarlehen und 8 Zinszuschüsse gewährt. Zur Auszahlung der Bauhilfen wird die Stadt zunächst ein Anleihen von 80 000 Mk. aufnehmen. Die jährliche Belastung der Stadt wird sich auf 14 200 Mk. belaufen: zu diesem Betrag soll die Gebäudeverschuldungssteuer ganz herangezogen werden. — Bei dem 3. Stammholzerkauf wurden 500 Hfm. ausgeteilt. Lapppreis 9635 Mk., Erlös 12 548 Mk. - 130 %. Die Einzelangebote bewegten sich von 105—135 Prozent. Angebote liefen 9 ein. Die Holzpreise scheinen nicht weiter in die Höhe zu gehen, sondern eher zu fallen.

**Kottweil, 7. März.** Gestern vormittag wurde der verheiratete Oberjäger Wein in Döhlingen, Vater von sieben Kindern, im Sägewerk der Rienzleschen Wrenfabriken von der Transmiffion erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle tot blieb.

**Stuttgart, 7. März.** (Tötung des eigenen Bruders.) Das Schwurgericht hat den 22 J. a. Schreiner Max Spreng von Stuttgart wegen Totschlags des eigenen Bruders zu zwei Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Anfangs Febr. war der Angeklagte wegen seines schlechten Lebenswandels von dem älteren Bruder zur Rede gestellt worden. Max Spreng zog eine Browning-Pistole und gab auf den Bruder zwei Schüsse ab, die diesen so schwer verletzten, daß er bald darauf starb. Der Getötete war Familienvater und hatte vier Kinder. Der Angeklagte hatte zu seiner Verteidigung Notwehr geltend gemacht, die indessen vom Gericht nicht anerkannt wurde.

**Vom Landtag.** Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags behandelte eine Eingabe des Deutschen Handlungsgehilfenverbands, Gau Schwaben, betreffend Stellung der Berufs im Staat. Die Eingabe nimmt Bezug auf die Ausführungen des Staatspräsidenten im Landtag vom 4. Jan. ds. Js., daß als „Berufe“ auch Angestellte und Arbeiter gelten sollen. Die Eingabe wurde dem Staatsministerium in dem Sinne zur Erwägung übergeben, daß bei der Reichsregierung im Benehmen mit den Länderregierungen baldmöglichst eine einheitliche Regelung der in der Eingabe aufgeworfenen Frage angestrebt wird, soweit nicht eine Regelung von Landes wegen möglich ist. Ebenso ein Antrag Dr. Elsas-Henne (D.), das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung nachdrücklich darauf hinzuwirken, ein Gesetz betreffend die Errichtung des verfassungsmäßigen Reichswirtschaftsrates und seines Unterbaus beschleunigt vorzulegen.

**Beleidigung.** Vor dem Schöffengericht Stuttgart hatte sich Redakteur Schlenker wegen Veröffentlichung eines Artikels „Der pflichtgetreue Verwaltungsbeamte Bazille“ in der „Schwäb. Tagwacht“ vom 19. Juni 1923 zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe von vier Monaten. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

**Kindstötung.** Das Schwurgericht hat die ledige Köchin Maria Stahl von Waltersberg, Gemeinde Bieringen wegen Kindstötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatte Anfangs Februar in der Pfaffenbergstraße ihr uneheliches Kind mit einem Hufband erdrosselt.

**Arbeitsmarktlage.** Die Zahl der Unterstellung beziehenden Erwerbslosen im Arbeitsnachweisbezirk Stuttgart betrug am 24. Februar 296 und am 3. März 291 Personen.

**Für die Großschiffahrtsfrage.** In Gestalt der Handelskammer veranstaltete der Württ. Industrie- und Handelsstag für die Durchführung der Großschiffahrtsfrage auf dem Neckar eine eindrucksvolle Kundgebung. Kommerzienrat Erhardt-Gmünd widmete dem verstorbenen Reichspräsidenten einen warmen Nachruf. Der Vorsitzende warf dann einen Rückblick auf die Entwicklung der Kanalbaufrage und gedachte dabei insbesondere auch der Verdienste des Geheimrats Dr. Brudmann. Sodann sprach Staatssekretär a. D. Peters-Berlin über die Bedeutung der Neckarwasserstraße für die südwestdeutsche Wirtschaft und wies insbesondere die zahlreichen Angriffe gegen den Kanalbau zurück. Der Redner führte aus, daß der Neckar künftig nicht mehr für sich allein zu betrachten sei, sondern als Bestandteil, als eine Abgabelung des Rheinstromes. Der Kanal ermöglige es, den Verkehr auf dem Wasserweg, ohne die französische Grenze zu berühren, von Mannheim aus bis in das Herz Süddeutschlands zu leiten. Wenn man vorerst nur bis Heilbronn oder noch bis Plochingen baue, so würden dadurch die Aussichten für die Weiterführung nach Ulm nicht verschlechtert. — Der Württ. Industrie- und Handelsstag, als amtliche Gesamtsvertretung der Württ. Industriellen, Handelstreibenden und der gesamten württembergischen Industrie und des Handels überhaupt, fordert im Interesse einer Steigerung des württembergischen Wirtschaftslebens wie der südwestdeutschen Wirtschaft überhaupt die beschleunigte Fortführung der Arbeiten am Neckar Kanal und bittet die maßgebenden Stellen, mit aller Energie und unter jeglicher Förderung der Geldbeschaffung die baldigste Durchführung der Großschiffahrtsfrage auf dem Neckar zu sichern.

**Deßlingen O. A. Kottweil, 7. März.** (Tödlicher Unfall.) Gestern vormittag wurde der verheiratete Oberjäger Wei n, Vater von sieben Kindern, im Sägewerk der Rienzleschen Wrenfabriken von der Transmiffion erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle tot war.

**Hall, 7. März.** (Raubankfall.) Wegen schweren Raubs hatten sich vor dem Schöffengericht die in Uttenhofen, a. S., Oberamts bedienstet gewesenen Dienstknechte Johann Krieger 21 J. a., von Krieken O. A. Hall und der 19 J. a. Wilhelm Kaiser von Nischelbach O. A. Gaildorf zu verantworten. Ein 64 Jahre alter Landwirt von Seehof bei Badnang hatte geschäftlich in Krieken zu tun. Als er sich eben zwischen 7 und 8 Uhr auf den Bahnhof Wilhelmshaus begeben wollte, gefolgt von zwei jungen Burken zu ihm, die vorgaben, gemeinsam mit ihm auf den Bahnhof Wilhelmshaus gehen zu wollen. Plötzlich trat einer der Burken vor dem alten Mann hin und rief mit vorgehaltener Hand: „Geld her, oder ich schieße“, ohne jedoch eine Schußwaffe in der Hand zu haben. Da sich der Bedrohte mit seinem Stod zur Wehr setzen wollte, hielt ihn einer der beiden fest, während ihm der andere die Brieftasche mit 150 Mark Inhalt aus der Zuppentasche herausholte, worauf beide im Dunkel der Nacht verschwanden und dort den Raub teilten. Das geraubte Geld konnte wieder beigebracht werden. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände wurde der noch nicht vorbestrafte Angeklagte Kaiser zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und der schon dreimal vorbestrafte Angeklagte Krieger neben 4jährigem Ehrverlust zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Mütlingen, 7. März.** (Vermißt.) Seit acht Tagen wird die Pflögetochter des Bauern Wbh. in Großbettlingen vermißt. Das 12jährige Mädchen muß nach Beobachtung von der Ferne im Neckar den Tod gesucht und gefunden haben.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Kranze am Grabe Eberts.** Die Zahl der am Grabe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert niedergelegten Kränze übersteigt 200. Daß der Kaiser einen Kranz geschickt habe, trifft nicht zu, wohl aber sandte der Kronprinz einen solchen mit weißer Schleife, um den Dank dafür zu bekunden, daß Ebert ihm seinerzeit die Schwierigkeiten aus dem Weg räumte, die seinerzeit aus Holland in die Heimat entgegenstanden. — Das Geburtshaus Eberts wurde von zahlreichen Fremden und auch vom Reichsfanzler besucht. — Die Familie des Reichspräsidenten bleibt bis zum Sonntag in einem Heidelberger Hotel und Frau Ebert wird sich dann zur Erholung nach Freudenstadt begeben. — Es steht nunmehr fest, daß Ebert nicht zur katholischen Kirche zurückgekehrt ist. Das „Deutsche Volksblatt“ bemerkt dazu: Wenn er sich innerlich nicht mehr zurückwand, so scheint das eben ein Beweis dafür zu sein, daß die Gedankenwelt des Sozialismus, in der Ebert nach seinem eigenen Anspruch aufgewachsen war, und die ihn Zeit seines Lebens ausgenutzt hielt, und der Katholizismus eben unverwundbare Gegensätze sind.

**Eine Ebertstraße in Karlsruhe.** Aus Karlsruhe wird gemeldet: Der Stadtrat ehrte den verstorbenen Reichspräsidenten in einer außerordentlichen Trauerfeier durch den Beschluß, die bisherige Waballstraße „Ebertstraße“ zu benennen.

**Rabiate Mädchen.** In der Besserungsanstalt „zum guten Hirten“ in Portici bei Neapel lehten sich 300 internierte Mädchen gegen die Schwestern auf. Sie sind alsdann, da sie das Haustor nicht öffnen konnten, auf die Dachterasse geeilt, von wo aus sie unter lautem Geschrei das zahlreich herbeigeeilte Publikum und die Polizei mit Dachziegeln bewarfen. Es dauerte längere Zeit, bevor sich die Polizei der aufgeregten Mädchen bemächtigen konnte. 6 Mädelsführerinnen, die sämtlich aus Rom stammen, wurden verhaftet.

**Unmenschen.** Einer Blättermeldung aus Königsberg zufolge hat in Groß-Lasdehnen im Kreise Insterburg ein Hofbesitzer seine Frau im Einverständnis mit seinen Kindern vier Jahre lang in einer kleinen dunklen Kammer gefangen gehalten. Die Frau hätte verhungern müssen, wenn ihr nicht die eine Tochter hin und wieder Essen gebracht hätte. Die Frau war früher in einer Irrenanstalt gewesen und von dort als geheilt entlassen. Sie mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

